

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell  
Die Woche im Bundestag*

20.12.2017

## **Regierungsbildung 2018**

Nach den gescheiterten Jamaika-Gesprächen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen stehen nun für uns Verhandlungen mit der SPD im Vordergrund, um eine arbeitsfähigen Regierungskoalition zu schmieden. Auch wenn eine große Koalition bei niemandem auf dem Wunschzettel stand, gebietet es die Verantwortung für unser Land hier schnell (auch wenn der SPD-Sonderparteitag auf den 21.1.2018 verschoben worden ist) zu einem gemeinsamen, stabilen und tragfähigen Regierungsprogramm zu kommen.

Unser Land braucht in diesen unruhigen Zeiten eine verlässliche Regierung. Da eine Minderheitenregierung das nicht bietet, befürworte ich eine solche auch nicht. Neuwahlen würden einen weiteren Zeitverlust und unnötige Kosten nach sich ziehen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat es so formuliert: Wer sich bei Wahlen um Gestaltungsmöglichkeiten bewirbt, darf diese nicht leichtfertig aus der Hand geben, wenn er sie in Händen hält.

Bis zur endgültigen Regierungsbildung bleibt die geschäftsführende Regierung im Amt und das Parlament ist voll arbeitsfähig.

Die Bürger erwarten zu recht notwendige Modernisierungen, öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen, eine spürbare Verbesserung in Sachen Digitalisierung, Sicherheit und auch eine Entlastung von Familien. Gleichzeitig dürfen wir unser Land bei der Migration nicht überfordern. Für alle diese Aufgaben benötigen wir eine funktionsfähige Regierung, mit Verwaltungen und Justiz.

Dazu gehört auch, dass finanzielle Mittel des Bundes für Kommunen auch von Bundesländern ungekürzt bei diesen ankommen. Da der Bund Gewährsträger der kommunalen Selbstverantwortung ist, ist es auch Aufgabe des Bundes hier künftig den Ländern genauer auf die Finger zu schauen, damit diese für Kommunen bestimmte Mittel nicht in Länderhaushalten versickern. Eine starke und funktionierende kommunale Selbstverwaltung ist die unmittelbarste für den Bürger erfahrbare Ebene eines funktionsfähigen Staates. Hier zeigt sich, wie gut es um unsere politische und verfassungsrechtliche Ordnung bestellt ist. Auf dieser Ebene sind Mitgestaltung und Engagement die besten Mittel gegen Verunsicherung, Unzufriedenheit oder dem diffusen Gefühl des „Abgehängtseins“. Letztlich sind alle Ebenen der Politik von der kommunalen-, über die Bundes- bis zur Europaebene wichtig.

Politik hat hier die Aufgabe als Seismograph der Lebenswirklichkeit der Bürger zu fungieren.

Bei allen Aufgaben und Wünschen, die noch erfüllt werden müssen ist aber eines sicher: Eine Koalition wird nicht alles umsetzen können, was in den Wahlprogrammen vorgestellt worden ist. Jetzt ist Kompromissfähigkeit und Verantwortungsfähigkeit der zukünftigen Koalitionäre gefragt. Wie die Gespräche an der Parteispitze verlaufen werden, wird sich im neuen Jahr 2018 zeigen.

Daher bleibt mir für jetzt nur, Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise aller Ihrer Lieben zu wünschen! Kommen Sie gesund ins neue Jahr 2018!

## **Bund gibt mehr für Bafög aus**

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz: BAföG, hilft jungen Menschen, die aus finanziellen Gründen sonst auf ein Studium verzichten müssten. Es trägt damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen bei. Der derzeitige BAföG-Bericht zeigt: Der Bund gibt mit jährlich 2,9 Milliarden Euro, so viel Geld für das BAföG aus, wie nie zuvor. 2015 hatte der Bund auch den Länderanteil am BAföG übernommen. Damit entlastet er die Länder seither Jahr für Jahr um 1,17 Milliarden Euro. CDU/CSU wollen beim BAföG auch in der neuen Legislaturperiode weitere Verbesserungen bei Preis- und Einkommensentwicklungen vornehmen. Die nächste Reform soll das BAföG insbesondere noch familienfreundlicher machen.

## **Rekord beim Export.**

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) erwartet nach einer am Dienstag vorgelegten Prognose 2018 bei den Ausfuhren ein Wachstum von voraussichtlich fünf Prozent auf rund 1,340 Billionen Euro, bei den Einfuhren ein Plus von sieben Prozent auf 1,104 Billionen Euro. 2017 soll der Außenhandel laut Prognose um fünf Prozent auf rund 1,27 Billionen Euro steigen. Dies wäre das vierte Rekordjahr in Folge. Deutschlands Exportunternehmen profitierten vom Rückenwind der Weltkonjunktur. Im Großhandel sollen 2018 laut Prognose 50 000 neue Stellen geschaffen werden, nach 20 000 neuen Arbeitsplätzen in diesem Jahr. Verbleibende Risiken seien aber neben den Brexit-Auswirkungen der zunehmende Protektionismus, die Schwächung der internationalen Organisationen, die Unruheherde im Nahen Osten und das hohe Konfliktpotenzial in der Nordkorea-Krise. (dpa)

## **Rekord bei geleisteten Arbeitsstunden**

laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Milliarden Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an

Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Millionen auf 213,3 Millionen (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

## **Exodus von Christen aus dem Nahen Osten**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor einem Massenexodus von Christen aus dem Nahen Osten und anderen muslimischen Staaten. „Nur in wenigen Staaten gibt es wie in Marokko Zeichen der Hoffnung, dass Christen mehr Religionsfreiheit eingeräumt wird. In Marokko engagieren sich Christen gemeinsam mit Juden, Sufis und Bahai öffentlich für die Durchsetzung ihrer Rechte“, erklärte der Direktor der Gesellschaft, Ulrich Delius, am Mittwoch in Göttingen. (epd)

## **Weihnachtsetikette**

Die Mehrheit der Deutschen hat für das diesjährige Weihnachtsfest klare Regeln für Smartphones: 68 Prozent der Bundesbürger haben sich für Heiligabend auf eine Handy-Etikette geeinigt, wie der IT-Verband Bitkom am Mittwoch mitteilte. Demnach will gut die Hälfte der Befragten (54 Prozent) das Smartphone immerhin zum gemeinsamen Weihnachtsessen aus der Hand legen, während 33 Prozent angaben, Heiligabend ihre Handys generell für Foto- und Videoaufnahmen nutzen zu wollen. Bei 16 Prozent der Deutschen sind Handys an Weihnachten komplett tabu. „Das Smartphone ersetzt für viele die Kamera ebenso wie das Fotoalbum oder den Terminkalender, entsprechend wird es auch an Heiligabend genutzt“, erklärte Bitkom-Expertin Marie-Teresa Weber. Acht Prozent der Deutschen wollen außerdem die Gelegenheit des familiären Zusammentreffens nutzen, um sich die neueste Technik erklären zu lassen - während nur vier Prozent der Befragten angaben, ihrer Familie an Weihnachten bei Technikfragen weiterzuhelfen. (AFP)

## **Zitat**

„Da war aber einfach fröhliche Stimmung. (...) Ende des Jahre ist man irgendwie froh, dass es keinen Menschen gibt, der Weihnachten abschaffen kann.“ (Malu Dreyer, rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin, am Dienstag in Mainz über die letzte Sitzung ihres Kabinetts vor Weihnachten.)